

Unser Europa neu begründen – Ein Vorschlag

Kontext

Attac Österreich hat im Rahmen seiner „Stopp Fiskalpakt“ Kampagne einen Aufruf mit dem Titel „Unser Europa neu begründen“ (siehe www.unsereuropa.at) gestartet. Die Inspiration dazu kam von einer ähnlichen Initiative in Deutschland. Mehr als 500 Personen haben diesen Aufruf in Österreich seit dem Start Ende Juni unterschrieben. Im Rahmen der österreichischen Attac-Sommerakademie haben wir über solidarische und demokratische Wege aus der Eurokrise diskutiert. Mit Blick auf die Vorhaben der EU-Regierungen bzw. EU-Institutionen (Fiskalunion, Bankenunion, EU-Konvent für Vertragsänderungen) haben wir dort die Idee entwickelt, einen zivilgesellschaftlich organisierten Diskussionsprozess über die Zukunft Europas abzuhalten. Dieser soll im Vorfeld eines möglicherweise bald kommenden offiziellen EU-Konvents bzw. parallel dazu stattfinden. Der zivilgesellschaftliche Diskussionsprozess soll die bereits vorhandenen Ideen zu fokussierten gemeinsamen Kampagnen des europäischen Attac Netzwerkes (einmalige Vermögensabgabe, neue Rolle für die EZB und Schuldenaudits) ergänzen.

Warum ein zivilgesellschaftlich organisierter BürgerInnenkonvent?

Auf EU-Ebene wird im Zusammenhang mit dem für Herbst angekündigten Bericht zur Weiterentwicklung der WWU (Zwischenbericht im Oktober, Endbericht im Dezember) auch über einen Europäischen Konvent nachgedacht, bei dem die europäischen Verträge geändert werden sollen. Dieser wird unserer Einschätzung nach darauf abzielen, die in den vergangenen Monaten gesetzten Maßnahmen in EU-Recht zu gießen und die EU weiter in die falsche Richtung zu treiben. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden hier nicht beteiligt werden. Die Möglichkeiten, demokratisch auf den Inhalt Einfluss zu nehmen, werden verschwindend gering sein, vor allem auch deshalb, da abzusehen ist, dass dieser Konvent unter großem Zeitdruck rasch formal abgehandelt werden wird, um die gewünschten Resultate so schnell wie möglich zu erreichen.

Uns geht es darum, einen progressiven Diskurs und Lösungsansätze im Hinblick auf die Eurokrise bzw. Krise der EU voranzutreiben.

Zum jetzigen Zeitpunkt werden den Menschen in Europa nur zwei alternativlose Perspektiven zur Lösung der aktuellen Krise angeboten: eine weitergehende europäische Integration auf der Basis neoliberaler Politiken und zum Preis von Demokratieabbau und der Vorschlag, der vor allem von nationalistischen / rechten Kräften unterstützt wird, eine europäische Desintegration voranzutreiben, in der der Nationalstaat gestärkt wird.

Unser Vorschlag ist es, eine breite Diskussion über das Europa, das wir anstreben zu starten. Als ersten Schritt soll durch die Vorstellung konkreter Vorschläge und Fragen eine progressive Vision von Europa entwickelt werden, die den Widerstand, der in verschiedenen Europäischen Ländern stattfindet, ergänzt und die das Potential in sich trägt, die Bewegungen zu vereinen. Im Unterschied zu den anderen zwei Vorschlägen, welche in erster Linie autoritär von oben durchgesetzt werden sollen, schlagen wir vor, eine breite Diskussion in Europa zu organisieren, um einen „BürgerInnen- / Zivilgesellschaftlichen Konvent für Europa“ (der Name ist ein Vorschlag – kann auch anders genannt werden) zu starten.

Dieser Diskussionsprozesses soll es ermöglichen:

1. Konkrete Alternativen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. In einem ersten Schritt schlagen wir vor, einige konkrete Alternativen für Europa zu diskutieren. Zu diesem Zweck haben wir den Vorschlag dreier alternativer Pakte entwickelt: Demokratiepakt, Sozialpakt und Einkommens- sowie Gerechtigkeitspakt.
2. Am Ende des Diskussionsprozesses soll ein breit unterstützter Vorschlag stehen, der von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen wird und für dessen Umsetzung es konkrete Strategien gibt. Derzeit fehlt es an so einem breit getragenen Vorschlag bzw. einer entsprechenden Strategie.
3. Ebenso soll ein konkreter Vorschlag für den Prozess eines wirklich demokratischen offiziellen EU-Konvents vorliegen. Das unterstützt unsere Forderung nach einem offiziellen Konvent, der diesen Ansprüchen gerecht wird.

Europäischer Demokratie-, Sozial- und Einkommens- sowie Gerechtigkeitspakt – statt Sozialabbau und Entdemokratisierung

Dieser Vorschlag soll die Diskussionen anregen bzw. einen Rahmen geben. Die genannten Punkte sind beispielhaft zu verstehen, und sind als inhaltlicher Impuls für den europäischen zivilgesellschaftlichen BürgerInnenkonvent gedacht.

Demokratiepakt:

- **EU-Institutionen demokratisieren:** Das EU-Parlament wird gegenüber Kommission und Rat aufgewertet und darf beispielsweise selbst Gesetze initiieren. Es wählt auch die EU-Kommission, um deren demokratische Legitimation zu stärken. In der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmen nicht länger die Finanzeliten, sondern VertreterInnen der Gesamtgesellschaft die Geldpolitik mit. Aufgaben und Ziele der Institutionen sind grundlegend zu überarbeiten.
- **Partizipation stärken:** Die EU-BürgerInnen erhalten breite Möglichkeiten, sich am politischen Prozess zu beteiligen, etwa über europäische Volksabstimmungen und Beteiligungsprozesse bei Gesetzgebungsverfahren.
- **Wirtschaftspolitik demokratisieren:** Die EU-Wirtschaftspolitik berücksichtigt die Interessen aller Bevölkerungsgruppen, nicht nur die von Konzernen. Statt Lobbying gibt es transparente, partizipative und verbindliche Entscheidungsprozesse in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, NGOs etc.) vertreten sind.
- **Europa neu begründen:** Die EU-BürgerInnen entscheiden in einem demokratischen Konvent selbst über die Zukunft der europäischen Integration. Ein Vorschlag, wie ein solcher demokratischer Konvent der BürgerInnen genau ablaufen kann, wird im Rahmen des zivilgesellschaftlich organisierten Diskussionsprozesses erarbeitet.

Sozial- und Einkommenspakt:

- **Sozialstaat absichern:** Das europäische Erfolgsmodell, das einen breiten Teil der Bevölkerung am Wohlstand beteiligt, wird in den EU-Verträgen verankert. Der Ausbau sozialer Rechte und wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wird in einem auf europäischer Ebene koordinierten Prozess vorangetrieben.
- **Soziale Sicherungssysteme ausbauen und Sozialstandards sichern:** Bei der sozialen Absicherung gelten hohe Mindeststandards, die von europäischen Institutionen überwacht werden. Soziale Transfers (u.a. auch in Form eines Grundeinkommens) in ausreichender Höhe garantieren allen Menschen in Europa ein würdiges Leben. Ein Beispiel ist die Einführung eines europäischen Systems der Arbeitslosenversicherung.
- **Gewerkschaftsrechte garantieren:** Die verschiedenen Rechte von ArbeitnehmerInnen, etwa sich zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten, werden ausgebaut und in den EU-Verträgen abgesichert.
- **Lohn- und Sozialdumping beenden:** Die Koordination im Sozial- und Einkommensbereich sichert faire Sozialstandards und Löhne in allen EU-Staaten. Eine wichtige Maßnahme in diese Richtung sind ein europäischer Mindestlohn und Regeln für Lohnabschlüsse, die gewährleisten, dass die Löhne zumindest im selben Ausmaß wie die Produktivität steigen.
- **Gute Arbeit fördern und Arbeit FAIRteilen:** Statt prekären werden hochwertige Jobs – was Arbeitsbedingungen wie Entlohnung betrifft – gefördert. Durch eine EU-weite Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wird Arbeit gerechter verteilt.
- **Öffentliches Pensionssystem stärken:** Die Zukunft der öffentlichen, umlagefinanzierten Daseinsvorsorge wird solidarisch gesichert.

Gerechtigkeitspakt:

- **EZB-Staatsfinanzierung ermöglichen:** Um öffentliche Aufgaben dem Druck der Finanzmärkte zu entziehen, garantiert bzw. finanziert die EZB unter bestimmten Bedingungen die öffentliche Kreditaufnahme direkt.

- **Steuerbasis sichern:** Die Staaten schreiben Mindestsätze für Steuern auf Vermögen, Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne fest. Damit beenden sie das Steuerdumping in Europa und stellen sicher, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.
- **Vermögende in die Pflicht nehmen:** Eine einmalige Vermögensabgabe für die Reichsten sowie dauerhafte Vermögenssteuern bauen die in der Krise entstandenen Staatsschulden ab, reduzieren die Ungleichheit und stellen die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.
- **Steueroasen schließen:** Die EU-Staaten gehen entschlossen gegen Steueroasen vor und beschränken den Kapitalverkehr dorthin. So werden diese geschlossen bzw. zu umfassender Steuerkooperation gezwungen.
- **Finanzmärkte regulieren und verkleinern:** Finanzsektor und Banken werden mittels umfassender Regulierung der Realwirtschaft untergeordnet. Eine Finanztransaktionssteuer dämmt die Spekulation ein. „Too big to fail“-Banken werden zerteilt und ein geregelter Insolvenzrecht für Banken stellt sicher, dass die EigentümerInnen und nicht die SteuerzahlerInnen für Bankenpleiten zahlen.
- **Binnennachfrage stärken und EU-Finanzausgleich schaffen:** Höhere Einkommen und Sozialleistungen stärken die Nachfrage in Europa und damit die Wirtschaft. Höhere Transfers bringen alle Teile Europas langfristig auf dasselbe wirtschaftliche Niveau.
- **EU-Wirtschaft ökologisieren:** Die EU-Staaten sorgen für einen sozialen und ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft und schützen die Länder des globalen Südens vor der ungehinderten Ressourcenausbeutung durch europäische Konzerne.

Vorschlag - wie könnte ein europaweiter Diskussionsprozess funktionieren:

Dieser Vorschlag muss zeitlich angepasst werden, sobald der Zeitplan des offiziellen EU-Konvents bekannt wird. Der Konvent sollte / könnte den Prozess ergänzen, der im Vorfeld des Alterssummits stattfinden wird, da der Alterssummit einer der Momente sein wird, an dem die Ergebnisse einer breiten Diskussion zusammenkommen könnten. Sollte sich der offizielle Prozess länger hinziehen, zum Beispiel bis Herbst, könnte der Alterssummit ein Schlüsselmoment innerhalb des Diskussionsprozesses sein, verbunden mit einem weiteren großen Treffen zeitnah zur Beendigung des offiziellen Konvents.

Ziel ist es, dass unser Konvent zum selben Zeitpunkt endet wie der offizielle.

- 8. bis 12. November
Vorstellung/Aufruf/Start des Diskussionsprozesses in / kurz nach Florenz 10+10
- Von Mitte/Ende November bis März
In einem ersten Schritt finden möglichst viele Diskussionsveranstaltungen auf lokaler Ebene statt. Attac bzw. andere Organisationen stellen Personen bereit, die einen kurzen Input – Warum brauchen wir ein anderes Europa und welche unmittelbaren Vorschläge (Demokratiepakt, Sozial- und Einkommenspakt, Gerechtigkeitspakt) haben wir dafür? – halten. Anschließend werden diese Vorschläge partizipativ anhand von Leitfragen diskutiert.
Die Ergebnisse der Diskussionen werden online gestellt.
- April
Kondensieren der Ergebnisse auf nationaler Ebene durch ein Team als Basis für eine nachfolgende nationale Konferenz.
- Mai
Durchführung einer nationalen Konferenz. Hier wäre noch zu klären, wer dazu eingeladen wird. Wichtig ist, dass es eine große Breite gibt – also

zivilgesellschaftliche Akteure aus möglichst unterschiedlichen Bereichen, auch nicht organisierte Personen.

- Frühjahr bzw. Herbst 2013

Kondensieren der nationalen Ergebnisse und Abhalten einer europaweiten Konferenz - der Alterssummit (z.B. unter dem Titel: „Das Europa das wir wollen“), inklusive der Erarbeitung weiterer Schritte und die Möglichkeit, im Falle einer Verzögerung der Ergebnisse des offiziellen Konvents bis Ende Herbst, eine weitere Veranstaltung zu organisieren.

Anmerkungen:

Die Umsetzung sollte visuell auf nationaler Ebene über eigene Websites erfolgen (im Falle Österreichs wäre es www.unsereuropa.at). Zusätzlich dazu sollte es eine gemeinsame europäische Seite geben, auf der alle nationalen Prozesse sichtbar sind und wo dann die gemeinsamen Ergebnisse sichtbar sind.

Bis Ende August/Anfang September 2012: Diskussionsprozess dieses Vorschlags innerhalb des Attac Netzwerks. Bei positiver Rückmeldung anschließend Verbreitung des Vorschlags in den jeweiligen Ländern bzw. in europäische Netzwerke, inkl. Vorstellung im Rahmen des Vorbereitungstreffens für Florenz in Mailand (14. bis 16. September).